

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

"Der Steinarbeiter" erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post egl. Beeskow vierfachjährlich 1.20 Mk.
Mitgliedschaftsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Reaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7808.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pf. für die einspaltige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einwendung des Betrages aufgenommen.
"Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 20.

Sonnabend, den 17. Mai 1919.

23. Jahrgang.

Lohnbewegungen.

Bremen. Der Streik der Karmotorarbeiter ist beendet; am Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Erreicht wurde 20 Pf. Zuschlag pro Stunde. Der Abschluss gilt für Mai und Juni.

Dessau. Es kam eine Einigung dahin, daß unser Stundenlohn von 1.55 M. auf 1.90 M. erhöht wurde.

Dresden-Birna. Durch die stattgefundenen Verhandlungen am 5. Mai stellen sich die Zulagen in folgender Weise: Der Stundenlohn beträgt ab 2. Mai 2.50 M. (auch für Birna). Die Aufzugszulage wurde auf 140 Prozent erhöht. Als Minimum wird im Altkord 75 Prozent garantiert. Für die Städte Chemnitz, Plauen, Leipzig wird sofort eine Neuregelung der Zulage stattfinden. Die Verhandlungen haben die Zahlstellen selbst zu führen.

Ebersfeld. Neue Verhandlungen brachten den Kollegen eine Zulage von 25 Prozent auf die derzeit bestehenden Stundenlöhne und Altkordpreise. Bei der Firma Homanns Werke wurde noch keine Einigung erzielt. Der Stundenlohn beträgt jetzt für Steinmeier und Polizeure 2.40 bis 2.60 M.

Fichtelgebirge. Für die Kollegen in den Granitschleiferien wurde beantragt, die Zerunungszulage auf 100 Proz. zu erhöhen. Auch muß eine zeitgemäße Erhöhung des Stundenlohnes eintreten. Der Schlichtungsausschuss ist anzurufen.

Ibbenbüren. Der Steinbruchbetrieb der Firma Hugo Beventelg in Ibbenbüren (bei Ibbenbüren) ist wegen Nahrkeinhaltung des Lohnariffs gesperrt.

Kappelrodeck. Die Zerunungszulage wurde ab 1. Mai um 20 Prozent erhöht, am 1. Juli tritt noch eine Steigerung um 10 Prozent ein.

Kirn a. d. Nahe. Die mit den Unternehmern der Pflastersteinbranche angehobenen Verhandlungen sind noch nicht endgültig erledigt, bisher wurde durch die Verhandlungen eine Aufbesserung der Stundenlöhne um 100 Proz. gegenüber den Friedenslöhnen erzielt. Bei den Altkordpreisen beträgt sie 80 bis 100 Prozent.

Lindensels (Odenwald). In den Orten Elmshausen, Neidenbach, Gronau, Seidenbusch, Brandau, Neukirchen, Birkelbach und Winkel hat eine merkliche Aufbesserung der Löhne für die Granitarbeiter stattgefunden.

Löbau-Oppach. In den Schleifereibetrieben wurde die Zerunungszulage von 70 auf 100 Prozent erhöht.

Mainz. Der Stundenlohn beträgt ab 1. Mai für Steinmeier 2.30 M.

Mittweida. Durch längere Unterhandlung haben beide Unternehmer bewilligt, so daß bereits ab Sonnabend, 3. Mai, 105 Prozent Zerunungszulage zur Auszahlung gelangen. Es kamen zwei Unternehmer in Frage mit 120 Arbeitern.

München. Der Streik ist mit Erfolg beendet.

Oberpilau (Schlesien). Mit der Firma W. Th. ist eine Lohnaufbesserung von 30 bis 40 Prozent auf die bereits erhöhte Löhne vereinbart. Das Abkommen gilt als provisorisch bis zum Abschluß des Reichstarifs in der Schleifereibranche.

Osnabrück. Der Stundenlohn beträgt jetzt 2.20 M. und steigt dann noch auf 2.30 und 2.40 M. Es wird zufällig nur in Lohn gearbeitet.

Steinwiesen (Oberfranken). Die Firma Popp, Granitwerk, kündigte sämtlichen Steinmeier als von der Zahlstelle verfügt wurde, die Entlohnung den Lebenshaltungskosten etwas anzupassen.

Stiele. Die Firma Peters ist gesperrt.

Wie rasch sollen wir sozialisieren?

So oft wir uns als Schüler von Karl Marx mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus und der Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung beschäftigen, stellen wir uns diesen revolutionären Umstößen als Folge einer der großen Wirtschaftskrisen vor, die durch den Kapitalismus mächtig gesteigerten Produktivkräfte sollten mehr und immer mehr Waren erzeugen, mehr vom Lohn zu kaufen instande wäre; aus dieser Überproduktion des kapitalistischen Krises und Arbeitslosigkeit — die übermächtig gewordenen Wirtschaftskräfte zerstören das zu engen Kleid der kapitalistischen Wirtschaftswelt.

Der Zusammenbruch, den wir jetzt in Deutschland erlebt haben, sollte nicht die mindeste Schwierigkeit mit diesem Marx'schen Vorstellungsmodell, nicht die Überfülle der Waren macht das ganze Wirtschaftsleben stehen, sondern der Mangel an allen Gegenständen zeigt das ganze Volk. Nicht die übermäßige Produktivkraft der Krisen ist das Problem geworden, sondern die Absonderung oder Zersetzung der gesamten produzierenden Maschinerie. Nicht Arbeit und Reichtum haben die Krise des Kapitalismus herbeigeführt, Arbeit und Mangel drohen ihm mitamt der ganzen wirtschaftlichen Existenz des Volkes zu zerstören.

In den Zeiten quellenden Überflusses wäre es natürlich ungleich viel leichter gewesen, zu sozialisieren als gegenwärtig, es ist ein Experiment, bei dem die Produktivität der Arbeit zu dem großen Vorrat an allen Gütern wenig ausgenutzt. Deutlich ist die kleine Verminderung unserer Wirtschaftsleistung eine unmittelbare Gefahr für das Leben der ganzen Nation. Was wir weiter Wohlstand für alle. Was wir jetzt nur sozialisieren können, ist die Armut, die Entwertung, die Not für alle.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist eine Aufgabe von ungeheurer Schwierigkeit. Der Kapitalismus kann sie ganz gewiß nicht erfüllen. Lichte man heute den freien Handel die freie Bahn, so würde sofort ein reicher Import von Fabrikaten und Luxusprodukten eindringen, wir würden bald in englischem Tuch, amerikanischen Stoffen, holländischen Zigaretten und italienischen Apfelsinen schwimmen. Wir würden den letzten Heller für die Auslandszulagen ausgeben, und die deutsche Industrie würde tot. Der Gentleman, den die Herren Demokraten mit Leidenschaft vertreten, die Einfuhr unterliegslos dem Snüffeln und Kredit des Privatausmanns zu überlassen, ist geradezu wahnsinnig. Seine Ausführung würde den sofortigen Tod der deutschen Industrie für unabsehbare Zeit bedeuten. Wir müssen bei unserer totalen Verarmung als Nation die Einfuhr beschränken auf notwendige Lebensmittel und wichtige Rohstoffe. Ansonsten kommen wir ganz gewiß ohne staatliche Leitung der Wirtschaft nicht mehr aus. Aber diese richtige Überlegung wird sofort verfehlt, wenn man daraus folgert, wir müßten nun schleunig die ganze Wirtschaft unter eine zentrale staatliche Leitung bringen, mag der Leiter nun ein Reichswirtschaftsamt oder ein Wirtschaftsausschuss des obersten Staatskongresses sein.

Karl Rautenkranz hat mit zwingender Beweisführung jüngst nachgewiesen, daß Deutschland nicht nur eine Kriegsentschädigung zahlen, sondern sich nicht einmal aus eigener Kraft wieder erholen kann. Nur die Hilfe des Auslands, nur der Staat Amerikas für Lebensmittel, Rohstoffe und Bargeld kann Deutschlands Wirtschaft wieder in Gang setzen. Die Staaten, mit denen wir hier zu tun haben, sind und bleiben kapitalistische Staaten. So wenig man dem Fauchs die Nahrung in einer langen Flasche vorsehen kann, aus der sie der lange Storchenhals mit Vergnügen herauszieht, so wenig kann man mit rein kapitalistischen Staaten auf sozialistischer Basis verkehren.

Aber auch innerwirtschaftlich können wir heute die Sozialisierung nicht überstürzen. Wer nicht Phrasen klopft, sondern Gewissen hat, darf heute nur sozialisieren, wenn er die vollständige Gewissheit besitzt, daß die Übernahme der Produktion auf die Allgemeinheit ein Mehr an Produkten mit einem Mindest von Arbeit schafft. Andernfalls wird die Sozialisierung Verbrechen und Wahnsinn. Nur wo das Privatmonopol schon so vorgearbeitet hat, daß der Staatsbetrieb nur wenig anstrebt, nur wo die Leidenschaft mindestens so gute technische Verteilung des in Frage kommenden Produktionszweiges zur Verfügung steht, wie dem Privatkapital, darf heute an die Sozialisierung herangegangen werden. Kritische Ungeduld würde den Sozialismus in Deutschland durch Zersetzung der Wirtschaft so heillos kompromittieren, wie er in England bisher gezeigt worden ist.

Wir wollen so rasch sozialisieren, wie die Vernunft erlaubt. Wie können nicht rascher sozialisieren, als unsere gegenwärtige vollständige Abhängigkeit von den siegreichen kapitalistischen Großmächten uns unsere vollkommene wirtschaftliche Geschäftsführung durch den Krieg gestattet. Wir müssen unsere Abhängen aufklären, daß in den nächsten zehn Jahren keine Wirtschaftsform ihnen in Deutschland das Paradies oder auch nur ein behagliches Leben schaffen kann. Wir müssen es erringen, daß bei Hunderttausenden der entfachte Glaube an die erfolgende Macht der sozialistischen Revolution in grimmiger Wut gegen die Sozialdemokratie umschlägt, die mit dem Sozialismus "nicht Ernst macht", die den Sozialismus verrät". Denn wir folgen nicht dem Beifall der Menge, unser Geist ist nicht die Rückicht auf die Stimmenzahl, sondern unsere Geister sind Einsicht, Wissen, Verstand und Ehre. Und wir haben den Glauben an das Volk, daß seine Mehrheit schließlich doch die Politik der Vernunft billigen wird.

Anerhörtes Verlangen der Stadt Graudenz.

Die Stadt Graudenz hat Notstandsarbeiten ausgeschrieben. Dieser Zweck ist sehr läblich. Nun braucht die Stadtverwaltung Pflastersteine; deutsche Firmen sind lieferungsfähig sogar mit Leichtigkeit. Aber in Graudenz will man schwedische Steine haben, weil diese billiger sind, und weil zollfrei die Einfuhr besteht. Der Magistrat kann die Einfuhr aber nur erwirken, wenn unsere Verbandsleitung dazu Zustimmung gibt. Vor dem Kriege hat man in solchen Dingen die Gewerkschaften nicht gefragt, heute ist es anders. Der genannten Stadtverwaltung hat nun die Verbandsleitung folgenden Antwort ericili:

Leipzig, den 10. Mai 1919.

An das Stadtbauamt in Graudenz.

Wie aus Ihrem gefälligen Schreiben hervorgeht, hat die Stadt Graudenz 25 000 Quadratmeter Neihenpflastersteine zu vergeben. Es handelt sich um Notstandsarbeiten, wie dargelegt wird. Nun soll soll unsere Verbandsleitung die Zustimmung geben, daß vor der hand - 8000 Quadratmeter aus Schweden eingeschafft werden dürfen, das heißt zollfrei. Sie begründen die Einfuhr damit, daß die Arbeiten bis 15. August beendet sein müssen, denn sonst zahlt das Reich die sogenannte Überleiterungs-Zulage nicht. Als Begnadter des Reichswirtschaftsamtes teilen wir dem verehrtlichen Stadtdauamt folgendes mit:

Wir können unter keinen Umständen die Einfuhr dieser 8000 Quadratmeter zusammen beginnen, für uns sind folgende Gründe maßgebend:

Als die Ausschreibungen im Januar vorgenommen wurden, haben eine Reihe großer Firmen aus der Striegauer und Strehlower Gegend Angebote gemacht. In jenen Bezirken wird zur mittleren Granitmaterial gewonnen. Das Stadtbauamt hat teilweise auf die Angebote nicht geantwortet, in andern Fällen die Zuschauserteilung verschlief. Nur eine Firma hat einen Auftrag von 500 Quadratmetern erhalten. Es gewinnt dadurch den Aufschluß, als wären die Lieferungen überhaupt für Schweden vorgesehen gewesen. Wir haben zu bemerken, daß aus den genannten Steinbrüchen sofort ein Quantum von 15 000-18 000 Quadratmetern übernommen wird. Als Lieferanten kommen in Frage:

Wölter u. Nikolai, Breslau mit 300 Quadratmeter Material, Schall, Breslau, 5000 Quadratmeter in Strehlower Material, Julius, Striegau, 10 000 Quadratmeter in Striegauer Material.

Die Verpflichtung liegt über Raths und Tanzig gezeichnet,

doch ist auch direkte Bahnverladung über Kreuz gehandelt. Wir haben Ihnen also deutsche Lieferanten genannt, so daß jeder Einwand fällt. Graudenz wäre etwa nur auf schwedisches Material angewiesen. Dann müssen wir aber im Interesse der Steinarbeiter doch eins bemerken: Das Reich gibt anachalische Zuschüsse zu den Notstandsarbeiten, diese Summen werden ausgebracht durch das deutsche Volk. Wenn es der Magistrat Graudenz verantwortet, daß ein großer Teil dieser Summen den ausländischen Fabrikanten in die Hand gespielt wird? Es handelt sich, wenn die 20 000 oder 25 000 Quadratmeter insgesamt nach Schweden gehen sollen, um einen Auftrag, der in die Hunderttausende geht. Kann nun der Magistrat in Graudenz nicht dazu aufrufen, aus auf die deutschen Steinarbeiter Rücksicht zu nehmen? Die schlesischen Betriebe liegen etwa dreihundert Kilometer von Graudenz entfernt, darauf wird aber ancheinend keine Rücksicht bei der Bestellung genommen. Es wird auch keine Rücksicht darauf genommen, daß unsere deutschen Steinarbeiter aus Beschäftigung und Brot haben wollen. Sind denn die Überleiterungs-Zulagen dazu da, daß dieselben die schwedischen Steinindustriellen einstecken können? Der Magistrat will dreierlei ausrufen:

1. die zollfreie Einfuhr der Pflastersteine, unbekümmert darum, ob unsere Kollegen Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen,
2. die billigere Wasserfracht und
3. die Zulagen des Reiches bei der Überleiterung.

Glaubt denn der Magistrat, daß in einem anderen Staat auch nur geduldet würde, daß in solchen Fällen auf die heimische Industrie gar keine Rücksicht genommen zu werden braucht?

Wie die Steinarbeiter über die Maßnahme der zollfreien Einfuhr und Ausnützung des Reichszuschusses denken, möge nachstehendes beweisen:

Resolution.

Die Steinarbeiter der schlesischen Orte: Hörschl, Großrosen, Kalthaus, Schildau, Striegau, Obertritt, Trebnitz, Gorlitz, Rößelsdorf, Ströbel und Qualtau protestieren gegen das Vorgehen des Magistrats zu Graudenz, ein größeres Quantum Pflastersteine zollfrei unter Ausnützung des Reichszuschusses einführen zu wollen. Die schlesischen Steinarbeiter wollen auch leben, sie wollen arbeiten und haben deshalb ein Recht darauf, daß die nationale Industrie geschützt wird. Unseren Protest erheben wir an den Reichsministerpräsidenten und an den Reichswirtschaftsminister sofort weiterleiten zu wollen. Die Steinindustrie in den genannten Orten ist sofort lösungsfähig, wegen Mangel an Material braucht nicht ein einziger Steinbrücker oder Steinsetzer außer Arbeit zu treten. Der Stadt Graudenz steht genügend deutsches Granitmaterial zur Verfügung und ist in der Qualität dem schwedischen mit Leichtigkeit ebenbürtig. Wir hoffen, daß sich der Magistrat noch soviel nationale Würde gewahrt hat, daß er auch dem deutschen Steinarbeiter Beschäftigung gönnt.

Die Betriebsvertreter.

Wir haben zu dem, was unsere Kollegen zu der verlangten Einfuhrbeleidigung gesagt haben, nichts mehr hinzuzufügen. Den Antrag der Stadt Graudenz können wir beim Reichswirtschaftsministerium somit nicht unterdrücken.

Es zeichnet mit größter Hochachtung

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

J. A.: Alois Glaudinger.

Steinindustrie u. Auslandshandel

Bericht über die vom Reichswirtschaftsministerium zur Gründung eines Außenhandelsausschusses stattgefunden Sitzung, abgehalten am 5. Mai 1919.

Leiter der Sitzung war Geh. Reg.-Rat Pünzlner, ihm zur Seite standen Reg.-Rat Hirschbach und Amtmann Wienecke. Die zu dem geplanten Ausschuß für die Industriegruppen „Steine und Erden“ gehörigen Interessentenverbände waren vollständig vertreten. Der Zentralverband der Steinarbeiter war durch Kollegen Windeler-Berlin vertreten. Der Leiter der Sitzung verbreitete sich über die Aufgaben der neuen Körperschaft, welche in der Hauptfach die Übernahme der Selbstverwaltung in allen einflieglichen Dingen, wie in der Aus- und Einfuhrbeleidigung, der Verteilung der Kontingente usw. herbeizuführen soll, ferner aber auch dem Reich eine zuverlässige Kontrolle der Dienste ermöglichen. Um den Geschäftssapparat nicht zu unzureichend werden zu lassen, werden einige Industrien zusammengefaßt und folgende 6 Gruppen gebildet: I. Glas, II. Zement, Rößl, Träf., III. Natursteine aller Art, Kipphalt, IV. Gläser, Granit, V. Porzellan, VI. Die übrigen fernden Industrien, Rößl sämtliche Arbeitgebervertreter würden sich an den geplanten Sitzung annehmen. Die Sitzung verließ die Körperschaft, welche in der Hauptfach die Übernahme der Selbstverwaltung in allen einflieglichen Dingen, wie in der Aus- und Einfuhrbeleidigung, der Verteilung der Kontingente usw. herbeizuführen soll, ferner aber auch dem Reich eine zuverlässige Kontrolle der Dienste ermöglichen. Um den Geschäftssapparat nicht zu unzureichend werden zu lassen, werden einige Industrien zusammengefaßt und folgende 6 Gruppen gebildet: I. Glas, II. Zement, Rößl, Träf., III. Natursteine aller Art, Kipphalt, IV. Gläser, Granit, V. Porzellan, VI. Die übrigen fernden Industrien, Rößl sämtliche Arbeitgebervertreter würden sich an den geplanten Sitzung annehmen. Die Sitzung verließ die Körperschaft, welche in der Hauptfach die Übernahme der Selbstverwaltung in allen einflieglichen Dingen, wie in der Aus- und Einfuhrbeleidigung, der Verteilung der Kontingente usw. herbeizuführen soll, ferner aber auch dem Reich eine zuverlässige Kontrolle der Dienste ermöglichen. Um den Geschäftssapparat nicht zu unzureichend werden zu lassen, werden einige Industrien zusammengefaßt und folgende 6 Gruppen gebildet: I. Glas, II. Zement, Rößl, Träf., III. Natursteine aller Art, Kipphalt, IV. Gläser, Granit, V. Porzellan, VI. Die übrigen fernden Industrien, Rößl sämtliche Arbeitgebervertreter würden sich an den geplanten Sitzung annehmen. Die Sitzung verließ die Körperschaft, welche in der Hauptfach die Übernahme der Selbstverwaltung in allen einflieglichen Dingen, wie in der Aus- und Einfuhrbeleidigung, der Verteilung der Kontingente usw. herbeizuführen soll, ferner aber auch dem Reich eine zuverlässige Kontrolle der Dienste ermöglichen. Um den Geschäftssapparat nicht zu unzureichend werden zu lassen, werden einige Industrien zusammengefaßt und folgende 6 Gruppen gebildet: I. Glas, II. Zement, Rößl, Träf., III. Natursteine aller Art, Kipphalt, IV. Gläser, Granit, V. Porzellan, VI. Die übrigen fernden Industrien, Rößl sämtliche Arbeitgebervertreter würden sich an den geplanten Sitzung annehmen. Die Sitzung verließ die Körperschaft, welche in der Hauptfach die Übernahme der Selbstverwaltung in allen einflieglichen Dingen, wie in der Aus- und Einfuhrbeleidigung, der Verteilung der Kontingente usw. herbeizuführen soll, ferner aber auch dem Reich eine zuverlässige Kontrolle der Dienste ermöglichen. Um den Geschäftssapparat nicht zu unzureichend werden zu lassen, werden einige Industrien zusammengefaßt und folgende 6 Gruppen gebildet: I. Glas, II. Zement, Rößl, Träf., III. Natursteine aller Art, Kipphalt, IV. Gläser, Granit, V. Porzellan, VI. Die übrigen fernden Industrien, Rößl sämtliche Arbeitgebervertreter würden sich an den geplanten Sitzung annehmen. Die Sitzung verließ die Körperschaft, welche in der Hauptfach die Übernahme der Selbstverwaltung in allen einflieglichen Dingen, wie in der Aus- und Einfuhrbeleidigung, der Verteilung der Kontingente usw. herbeizuführen soll, ferner aber auch dem Reich eine zuverlässige Kontrolle der Dienste ermöglichen. Um den Geschäftssapparat nicht zu unzureichend werden zu lassen, werden einige Industrien zusammengefaßt und folgende 6 Gruppen gebildet: I. Glas, II. Zement, Rößl, Träf., III. Natursteine aller Art, Kipphalt, IV. Gläser, Granit, V. Porzellan, VI. Die übrigen fernden Industrien, Rößl sämtliche Arbeitgebervertreter würden sich an den geplanten Sitzung annehmen. Die Sitzung verließ die Körperschaft, welche in der Hauptfach die Übernahme der Selbstverwaltung in allen einflieglichen Dingen, wie in der Aus- und Einfuhrbeleidigung, der Verteilung der Kontingente usw. herbeizuführen soll, ferner aber auch dem Reich eine zuverlässige Kontrolle der Dienste ermöglichen. Um den Geschäftssapparat nicht zu unzureichend werden zu lassen, werden einige Industrien zusammengefaßt und folgende 6 Gruppen gebildet: I. Glas, II. Zement, Rößl, Träf., III. Natursteine aller Art, Kipphalt, IV. Gläser, Granit, V. Porzellan, VI. Die übrigen fernden Industrien, Rößl sämtliche Arbeitgebervertreter würden sich an den geplanten Sitzung annehmen. Die Sitzung verließ die Körperschaft, welche in der Hauptfach die Übernahme der Selbstverwaltung in allen einflieglichen Dingen, wie in der Aus- und Einfuhrbeleidigung, der Verteilung der Kontingente usw. herbeizuführen soll, ferner aber auch dem Reich eine zuverlässige Kontrolle der Dienste ermöglichen. Um den Geschäftssapparat nicht zu unzureichend werden zu lassen, werden einige Industrien zusammengefaßt und folgende 6 Gruppen gebildet: I. Glas, II. Zement, Rößl, Träf., III. Natursteine

Wette wider. Die Abstimmung ergab die Annahme der Abgeordnetenfrage. In den Ausschuss werden seitens unseres Verbandes delegiert: für die Pflastersteinbranche: Adolf Schmitz aus Köln; für die Schleifereibranche: Christian Schmid aus Würzburg; als Vertreter des Verbandsvorstandes: Georg Siebold aus Leipzig.

G. R.

Der letzte Mann!

Die Arbeitnehmer (Schleichen) schreibt man uns:
Wir waren Saurierarten mit hier in den vergangenen Jahren
gewesen, und waren später bei Lohnbewegungen und Streiks, überhaupt
nicht gleichgestanden mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen, das
wurde uns selber die lange bewusstsein, der die Verhältnisse hier kennt und
die Arbeitnehmer, die früher einmal mit der Beitung der Geschäfte
auf dem Platz heraus gewesen sind. Bei allen früheren Be-
wegungen, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, hatten
wir, auf unsern Schmerzenskindern starr zu reden, mit einer
gewissen unorganisierten Hilfsarbeitern, und mit den Mitgliedern
des Gewerbevereins. Dirle konnten immer nicht begreifen, daß
eine gewisse Ausgruppierung ihre Crisen haben kann, man
sagte, daß sie bei niedrigen Löhne und mache dabei eine geballte
Macht, die Zusage aber noch genügender Ausklärung unsererseits
zu erhalten, und wir traten in den Strarbeiterverband ein, bzw. über-
nahmen die dortige Kapitulation ihre Interessen vertret und jahres-
weise lebten. Man lebte einerseits die Beiträge, andere woll-
ten nicht, und der Gleichmäßigkeit nicht verscherzen, diese Leute
wollten nicht die Meinung, man kann auch ohne Streiks und ohne
Lohnbewegungen gute Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen, mit andern
Leuten, die es haben wollten, bis der Unternehmer von selbst den
Lohn erhöhte, wenn er will. Durch diese Gleichgültigkeit und
durch die Unkenntnis wurden Albstotständlich unsere früheren Lohn-
bewegungen aufgelöst und in die Läng gezoagt, oder gingen

Wirtschaftskrieger reichten ihre mit diesen Raustöichern bei allen
Angriffen auf die Arbeiter bedrohten dabei nicht, daß sie sich selbst
die Kugeln abdrücken sollten.

Der 1. Mai und die Gewerkschaftsparty hat uns qualitativ ausgesessen. Daraus
ist unter dem Einzelbad des Herausgeholtel selbstverständlich mit ein,
heutige Zukunft. Und so war es auch bei unserer diesjährigen
Kampftagung am 2. Mai. Wir haben anfängliche Lohnausbesetzungen
zu überwinden. Der bestehenden Lehre vorher, damit soll nun nicht
gesagt werden, daß sie den heutigen Verhältnissen entsprechen, im Gegen-
satz dazu steht noch keiner Kampf vor uns, und wenn man sich die
Kampftagung 1914 mit Augen führt, die jetzt bis 1916 bestanden haben,
so wird man in dem Gewicht kommen daß der Steinarbeiterverband
in diesem Jahr entscheidend gelehrt hat. Die Löhne der Arbeiter be-
vorgaben wir in vergangenen Jahr durchschnittlich 32—38 M. pro Stunde,
heute sind es 18 M., am 28. März 1919, so—95 M. resp. 1.38 M.
diese sind um 120 Prozent ausgedehnt. Wo wären wohl
die Kämpferkämpfen entstanden gekommen, wenn sich nicht der Stein-
arbeiterverband im Interesse der gesamten bessigen Kollegen ins Mittel
gebracht. Auch hier waren die Indifferenzten wieder Rügnieker unfe-
rige Gewerkschaft. Nach langem harten Kampf hat sich auch hier die
Arbeitskampfvereinigung eingefunden. Soß wir der Steinarbeiterverband die Inter-
essen der kleinen Kollegen vertritt. Die Zahlstelle des h.-D. Gewerks-
chaften im Bielefelder besteht nicht mehr, sie hat sich vor
kurzem gesellige und familiäre, has in der Steinindustrie beschäftigten
Menschen und zum Steinarbeiterverband geschlossen übergetreten. Wir
wollen diese Entwicklung nur auss herzliche begrüßen.

Um Ihnen Auszugsrechten kann unsere Zahlstelle getroffen das Zulieferer seine Füsse wegnen, geschlossen tritt die Zahlstelle in späteren Verhandlungen der Unternehmern mit entgegen, alle Ansprüche unter uns zu erledigen werden. Denn können diese Zustände, wie sie früher nicht wieder eintreten. So wollen wir nun gemeinschaftlich die von uns ausgesetzten Zahlstellen arbeiten.

D. Biedert

Freiheit und Ordnung.

Der Mensch ist nichts verhütteter als ein Kind. Doch geben die Begriffe über die Freiheit sowohl, als auch über die Ordnung zwei aussitzende. Nur wenige sind sich bewusst, daß diese zwei Ordnung Gegenstände sind, die ständig miteinander um die Macht streiten. Becher sagt in einem Gedicht: „Man kann in wahrer Freiheit leben und doch nicht ungebunden sein.“ Das heißt nichts anderes, als Freiheit und Ordnung müssen sich ausgleichen. Wartet die Freiheit eine, so läßt die Ordnung, und wird die Ordnung zu einem Willkür beherrschter Sklaven, so empfängt sie mit Recht die Freiheit.

Die 1921. Feste werden nicht feiern, wenn an die Stelle der
Vereinigung kapitalistischer Verbündete tritt. Diese Gesetzmäßigkeiten ist
es, welche die Beziehungen bestimmen. Die Gerechte müssen jedoch dem
Gerechten eine Wollfalte entsprechen. Der Weltgeist läßt sich aber
nur durch Gerechtigkeit schütteln. — Dies ist natürlich für das Volk in
der Freiheit und jeder Gerechtigkeit freudig von Zeit zu
Zeit. Aber es muß die Gerechtigkeit gewollt, kann sie aber gesammelt, ist eben
soviel. Aber es muß die Gerechtigkeit des Weltgeistes überwältigen. Dieser Par-
tei wird man nur das ganze Volk binden. Wer kann die einen Dörfern
und Städten nicht entzweien, ganz gleich, ob sie von einer
oder anderen Partei oder einer anderen Unterordnung gebildet sind. Nur
durch die Gerechtigkeit führen zu verhindern. Darien Autonomie auf-

1. Aufgabe: Wiederholte Rehebung der Freiheit, ihre Bedeutung und Verteilung der gesammelten Macht (der Delegation) zu propagieren. Die Delegation ist eine Ausdehnung des Repräsentantenkörpers (Des Territoriums) entlang der Verwaltungsgrenzen, isoliert das Werk der freien Gedanken vom Werk und Effekt gesellschaftlicher — Science wird zum Prinzip der gesamten Gesellschaft ausgesetzt werden, was die Verbindung noch stärker unterbricht. Es ist eine allgemeine und starke Selbstverständlichkeit, dass es keine einzige Delegation mehr gibt.

2. Aufgabe: Das Werk der propagierten Freiengesellschaft zu verteidigen und die Delegationen der Umwelt, des Staates und der Kirche für die Gesellschaft vorzubereiten an dieser Stelle.

3. Aufgabe: Wenn erreicht ist, ja gerade die Unabhängigkeit einer Region ausgeworfen, dann ist sie der Bruch mit der Revolution, der Bruch mit dem politischen Weltverbund. Sie verursacht einen Bruch mit der Weltordnung gegeben und, falls sie nicht auf die Erhaltung der Existenz eines Staates verzichtet, kann sie die Existenz eines Autonomiebereichs und schafft das neue Prinzip der Freiheit.

Die Sowjetische soziale Sicherung deckt ein Bezugs-
Recht auf die in einer Partei Gegründete und
arbeitende Bevölkerung Russlands ab. Und
dieses Recht ist nicht ohne eine Sicherung groß-
er sozialer Interessen aufzufassen. Es handelt
sich um das sozialen Sozialen und nicht allein
um die sozialen Abgaben, welche die Arbeitnehmer zu-

Die Böden kann man in zwei Hauptgruppen unterteilen: die Böden der Steppen und der Böden der Wälder. Die Böden der Steppen sind durchweg sehr lehmig, während die Böden der Wälder ausnahmslos sandig sind. In den ersten Böden ist der Tonanteil sehr groß, während im zweiten er gering ist. Die Böden der Steppen sind meistens sehr trocken, während die Böden der Wälder auf weicher feuchter Erde wachsen. Die Böden der Steppen sind daher sehr leicht und leichter zu bearbeiten. Dazu kann man wiederum das Rütteln und das doppelte Fertigung benützen und es ist möglich, dass diese Arbeit vor Beendigung erreicht werden kann.

1

Große Zunahme der deutschen Gewerkschaften.
Die 4. Million überschritten.

Die 4. Milde übertritten.
Die 5. Milde übertritten. — Die 6. Milde übertritten.

Vor zwei Monaten konnten wir melden, daß die der General-
union angeschlossenen Gewerkschaften die dritte Million er-
reicht hätten. Mit dem Ausgang des Monats April sind die Ge-
werkschaften in die vierte Million an Mitgliedern eingetreten und
wenn die Entwicklung in diesem Tempo weitergeht, wofür alle An-
zeichen sprechen, kann der „Deutsche Gewerkschaftsbund“, über dessen
neue Satzung der Gewerkschaftscongresß zu Fürthberg in der ersten
Hilfwoche dieses Jahres bestimmen wird, seine Wirksamkeit mit
einf. Millionen Mitgliedern beginnen.

Diese Zahlen besagen, daß die große Masse der Arbeiter und Angestellten den Wert der Gewerkschaften vollauf erkannt haben und ihnen volles Vertrauen entgegenbringen. Es kann im Ernstfall keine Rede davon sein, daß sich die Gewerkschaften überlebt hätten, und daß sie durch syndikalistische Betriebs- und Flächenorganisationen abgelöst werden könnten. Die Entwicklung läuft im Gegenteil, wie das Wachsen der großen Verbände erkennen läßt, mehr denn je zur Zentralisation und Konzentration der Kräfte und zur zentralen Regelung der Arbeitsverhältnisse. Da überdies die Gewerkschaften durch ihre von der jüngsten Vorstandskonferenz beschlossenen Richtlinien für ihre künftige Wirklichkeit dargestellt haben, daß sie ebensowohl alle vorbereitenden Maßnahmen zur Sozialisierung der Volkswirtschaft unterhalten, als auch für die Einrichtung von Betriebs- und Arbeiterräten einzutreten, so liegt kein ernsthafter Grund vor, den Gewerkschaften mit Misstrauen entgegenzutreten. Die Betriebsdemokratie findet keine zuverlässigeren Stütze als bei den Gewerkschaften, die durch ihre Jahrzehntelange Vorbereitung zur Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge dem kapitalistischen Herrnregime am wirksamsten den Boden entzogen haben. Sie haben dadurch zugleich für den Sozialismus den Boden geebnet.

Die gegenwärtige Mitgliederzahl bedeutet seit Ende September eine Verdreifachung. Das dritte Quartalsjahr 1918, das letzte dem Wassermühlstand, wies einen Stand von 1 415 452 Mitgliedern auf. Im vierten Quartalsjahr war der Zuwang nur gering. Die Hochstut setzte erst im Januar dieses Jahres ein. Ende Januar war der Stand der Vorriegszeit erreicht. Ende Februar die dritte Million und Ende April die vierte Million. Die letzten Mitgliederziffern, soweit sie festgestellt werden konnten, geben 4 022 656. Dabei sind für etwa ein Drittel der Gewerkschaften neue Zahlen seit dem 3. Quartalsjahr 1918 noch nicht erzielt. Da aber auch diese fast alle einen Zugang aufweisen und ein Teil der anderen Mitgliederziffern heute auch bereits erholt sein dürften, so ist der wirkliche Stand der Gewerkschaften bei noch höher. Von den 50 Gewerkschaften zählt eine, der Fabrikarbeiterverband über 1 Million, nämlich 1 006 925 Mitglieder. Acht Verbände weisen über 100 000 Mitglieder auf. Fünf der Verbände der Fabrikarbeiter 400 000, Transportarbeiter 270 000, Eisenbahner 250 000, Holzarbeiter 220 043, Textilarbeiter 210 689, Bergarbeiter 200 000, meindeutlicher 166 155, Landarbeiter 150 000 und Handlungshelfer 135 000. Die genannten Verbände umfassen 3 233 651 Mitglieder oder mehr als 81 Prozent der Gesamtzahl. Zwischen 10 000 bis 100 000 Mitglieder haben 4 Verbände (Brauerei- und Süßwarenarbeiter, Buchdrucker, Schneider und Schuhmacher) und zwischen 20 000 bis 50 000 Mitglieder 9 Verbände (Wäder- und Konditoren, Buchbinderei, Gartwirtschaftshilfen, Glashauer, Maler, Tischler, Tabakarbeiter, Steinarbeiter und Zimmerer). Dann folgen 8 Verbände zwischen 10 000 bis 20 000 Mitglieder (Buchdruckereihilfsarbeiter, Buteinwangesellte, Gärtner, Hausangestellte, Kellner, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter, Sattler und Portier), während 15 Verbände weniger als 10 000 Mitglieder haben. Vergleicht man diese Ziffern mit denen der Vorriegszeit, so haben besonders die hauptsächlichen Organisationen ihre höhere Mitgliederstärke noch nicht erreicht. Diese Verbände hatten dem Kriege 302 003 Mitglieder und zählen jetzt etwa 871 689, was also noch mit 130 000 Mitgliedern im Rückstand. Dagegen haben einen gewaltigen Zuwachs aufzuweisen die Verbände der Fabrikarbeiter (mehr 475 000), Eisenbahner (mehr 250 000), Holzarbeiter (mehr 195 000), Landarbeiter (mehr 127 000), Glashauer (mehr 111 000), Handlungshelfer (mehr 109 000), Bergarbeiter (mehr 95 000), Textilarbeiter (mehr 77 000), Transportarbeiter (mehr 44 000), Schneider (mehr 41 000), Holzarbeiter

Aus den obigen Zahlen ergibt sich des weiteren, daß in den Gewerkschaften ein großer Bedarf an fähigen Kräften der Arbeiterschaft vorhanden ist und daß den Begaßen ein weites Feld für den wirtschaftlichen Aufstieg offen steht. Das ist sicher zu begründen, denn die Vorbereitung der Sozialisierung braucht eine Armee von Kräften, die den Produktionsprozeß nicht bloß technisch, sondern auch volkswirtschaftlich beherrschen. Die Gewerkschaftspraxis bietet dafür die beste Schule zur Verdiodnung. Auch die Durchführung der Kälevertretung in den Betrieben, Ortsräten und Bezirksvertretungen erfordert zahlreiche Kräfte mit mehr als gewöhnlichen Berufserfahrungen. Für ihre Heranbildung muß in den Gewerkschaften durch volkswirtschaftliche Kurse und Vorträge Sorge getragen werden. Angeichts dieser ungeheuer gesteigerten Ansprüche an die Kapazität der Gewerkschaften ist es geradezu Wahnsinn, wenn jetzt von unabhängigkeitssocialistischen oder kommunistischen Kreisen fortgesetzt langjährige und erfahrene Gewerkschaftsbeamte herausgewählt, entlassen und gemahrt werden. Ganz abgesehen von der Unzulänglichkeit, solche Beamte wegen ihrer politischen Überzeugung abzusezgen, schaden sich die Gewerkschaftsmitglieder durch solche Handlungen selbst in der bedenklichsten Weise, denn sie entblöhen ihre Organisation von den bestätigten Kräften, an denen nirgend Ueberfluss ist und derer jede Gewerkschaft gerade jetzt am nötigsten bedarf. Diese Fanatiker sind noch viel kürzlicher, als der brutalste Unternehmer, der sich wohl hütet, in der Zeit der Hochkonjunktur die Leute, die er gebraucht, wegen politischer oder gewerkschaftlicher Handlungen zu maßregeln. Einiges Einsehen in die Lebensbedingungen einer Organisation, für die der Arbeiter Woche für Woche durch seine Beiträge Opfer bringt, sollte den Leuten selbst nahelegen, wie sehr sie sich durch ihr Vorgehen schädigen.

Die Gewerkschaften freilich werden darunter nicht zugrunde gehen. Sie haben ihre große historische Aufgabe zu erfüllen: die Arbeitsverhältnisse zu verbessern und durch Kollektivverträge zu wahren. Diese Aufgabe werden sie ebenfalls unter der Leitung eines Mehrheitssozialisten, als unter der eines Unabhängigen oder Kommunisten erfüllen müssen. Selbst ein Spätkonservatist kann nicht andere Tarifverträge schließen, als ein Liberaler oder Ultramontane. Da verschlägt es also wenig, ob ein Müller oder Schulze durch einen Lehmann oder Schmidt ersetzt wird. Worauf es aber ankommt, ist, daß den Gewerkschaften die befähigsten Köpfe zur Führung erhalten bleiben, denn Unfähigkeit in solcher Stellung verschlägt stets zum Schaden der Mitglieder aus und verzögert nicht bloß den Aufstieg der Arbeiterklasse, sondern auch die Überführung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische. So will ich schließen.

Ferner wurde der Beitritt der Generalkommission zur Deutschen Liga für Völkerrecht beschlossen.

Gegen die von der vorhergehenden Vorstandskonferenz beschlossenen Änderungen an den Grundsätzen über gewerkschaftliche Organisationen hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Einspruch erheben. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Konferenz vertagt.

Über den Ausbau der Unfallversicherung berichtete Genosse G. Heinke über eine Reihe von Missständen in der Unfallverhütung und Krankheitsverhütung, die nach einer verstärkten Arbeiterskontrolle in den Betrieben und auf den Bauteilen rügen. Der Redner verlangt eine Änderung des § 139 der Gewerbeordnung (Gewerbeaufsicht) und des § 875 der RVO, betr. Anstellung von Arbeiterskontrolleuren bei den Unfallversicherungsanstalten. Weiterhin sollen schwere Berufskrankheiten als Unfälle anerkannt und entschädigt werden. Diese Reformen sollen durch ein Motgejeh herbeigeführt werden. In der Diskussion wurden die Darlegungen des Redners durch weitere Materialien aus den verschiedensten Berufen ergänzt und darauf hingewiesen, daß umfassende Reformen des Arbeitsrechtes und der Reichsversicherungsordnung notwendig seien. Eine durchgreifende Neugestaltung des Aufsichtsdienstes durch Hinzuziehung von Arbeiterskontrolleuren und durch verschärfte Dienstanweisungen für die Aufsichtsbeamten dürfe deshalb nicht aufgeschoben werden. Der kommende Gewerkschaftskongress soll sich eingehender mit dieser Frage beschäftigen.

Daraufhin wurden die Richtlinien in der von der Kommission redigierten Fassung sowie den Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte von der Konferenz angenommen.

Richtlinien für die künftige Wirtschaft der Gewerkschaften.

Die von der Vorstandskonferenz beschlossenen „Richtlinien“ haben folgenden Wortlaut:

1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der privatkapitalistischen Warenproduktion die Arbeitler zum Klassenkampf erzogen. Sie haben arme Klassen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmervereinigte, sie in Lohnkürzungen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in Jahrzehntelangem systematischen Kampf den Unternehmern nicht nur Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen abgerungen, sondern auch die Teilung der Arbeitnehmer in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgeberwillkür entzogen. Sie haben der Arbeiterschaft die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigten Vertragsteil eingebracht und in beträchtlichem Umfang die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge sichergestellt. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeitsrechts, vor dem ein einseitiges Herrrecht des Unternehmers, zum sozialistischen Recht angebahnt und gefördert, sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluss ausgeübt.

2. Am Vorabend der politischen Revolution halten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wesentlichen Arbeitserfordernungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errungenchaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft und damit die Aufgaben der Gewerkschaften erst zum Teile erfüllt. Der Kampf der

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestärkt und damit zugleich ihren Einfluss auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Wirtschaftslebens wird sich in der Richtung der Gemeinschaftschaft, unter fortwährendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Ge-

4. Die Gemeinschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

sation. Die von ihnen erfreute Betriebsdemokratie und Umwandlung er Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Voraussetzungen für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiete ist unentbehrlich.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Die soziale Führung der Gesellschaft macht die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbegrenzten und ohne eigenes Verhältnis Erwerbstüchtigen. In dem Maße der Vermögensbildung und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterhaltungsseinrichtungen abgebaut werden.

6. Die Interessengegensätze zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitseinstellungen infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitverwaltung der Arbeitnehmer einschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft durch schiedsgerichtliches Verfahren nach Möglichkeit verhindert werden müssen, können die Arbeitnehmer auf das Streitrecht nicht verzichten.

7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muss bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeiterversammlungen (Betriebsräte) zu bilden, die im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Vorschlag in Gemeinwirtschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechts Gültigkeit. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen.

8. Die Durchführung der in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufszweigen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Gesamtvertretung der Arbeit vereinigt haben. Den im Deutschen Gewerkschaftsbund gehörigen Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitreten. Politisch oder religiöse Überzeugung ist in diesen Organisationen kein Hindernisgrund für den Beitritt.

9. In den Gemeindebezirken oder höheren Wirtschaftsgebieten übernehmen die aus Urwahlen mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der seitherigen örtlichen Gewerkschaftsstelle. An Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränkt und daneben die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

10. Außer diesen örtlichen Arbeiterräten sind Arbeiterversammlungen für höhere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahl system zu berufen. Dieselben können mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gelegenheitswirke ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinzuwirken.

11. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Vertretung reiner Arbeitinteressen nicht selber Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Ihnen fällt aber die Führung einer zielbewußten Arbeitspolitik innerhalb der Wirtschaftskammern zu. Sie haben grundföhlich und praktische Richtlinien für die Arbeiterversammlungen aufzustellen und für die dauernde Verbindung dieser Vertreter untereinander und mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen. Sie müssen umfassende Maßnahmen treffen, um die Errichtung aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen, der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeitsschafft zu verbreiten und damit bei dieser die Kräfte auszulösen, die zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaftswise nötig sind.

Worte und Taten.

Von einem Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben:

Mit allerlei Gefühlen lese ich immer: Kriegsbeschädigte bevorzugt. Viele vom Feld heimgekehrt Kameraden und sonstige Erwerbslose denken, die Kriegsbeschädigten sind doch überall bevorzugt. Es mögen gewiß viele Firmen den Kriegsbeschädigten etwas entgegen tun, aber andere bevorzugen die Kriegsbeschädigten nur deshalb, um das bishöher Rechte auf den Lohn anzurechnen zu können. Die Kriegszulage von 15 M. monatlich muß man doch wohl als Entschädigung für eine steife Hand oder einen steifen Fuß sein. Schreiber dieses erhält auch 33 1/4 Prozent (früher 70 Prozent) Rechte und die Kriegszulage von 10 M. Meine Firma rechnet das nun auf den Lohn an. Gegenentummen wird in keiner Weise gezeigt und trotzdem muß man ständig gefallen lassen, wenn das Versicherungsentgelt jährt: Wenn Abnen auch von der Firma in jeder Weise entgegen gekommen wird, so verdienen sie doch mehr als ein Drittel von dem, was ein vollwertiger Arbeiter ihres Alters verdient. Es müßte deshalb bei einem Anfall immer betont werden, daß die Firmen Rechte bei gleicher Arbeitsschafft nicht auf den Lohn anrednen darf. Im übrigen haben viele Firmen nur ehrliche Worte für die Kriegsverletzten, aber selten eine offene Hand.

Korrespondenzen.

Bensheim. Der fortschrittliche Geist im gewerkschaftlichen Leben reizt endlich auch bei den Steinarbeitern des Odenwaldes und der Bergstraße. Nach schwierigen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmer gelang es uns endlich, das Auskunftsrecht in die Tat umzusetzen zu können, indem wir einen der Zeit entsprechenden Tarifvertrag abschließen konnten. Wenn auch die Verhandlung schwierig für die Vertreter der Organisation war, so sonnte bei der selben eine 100prozentige Lohnsteigerung erzielt werden, dem anschließend am 1. Juli 1919 weitere 15 Prozent hinzugefügt werden konnten und zwar für alle Kategorien der Steinindustrie. Durch rege Agitation der Bensheimer Kollegen konnten dieselben dem Tal entlang bis Reichenbach im Odenwald 1100 Mitglieder dem Steinarbeitersverbund zuführen. Wir hoffen, daß wir das Vertrauen und der Wert der Organisation bei den Kollegen erhalten bleibt.

Bonn. Zwecks Durchberatung und Beihilfestellung über die neu einzutretenden Lehnforderungen fand am 21. April eine gut besuchte Versammlung statt. Kollege Hermann-Köln, der als Reiterent erscheinen war, legte in seinem Vortrage den Kollegen klar auseinander, wie am besten die Einleitung und Durchführung der Lohnbewegung zu bewerkstelligen sei. Nach langer Diskussion kam eine Einigung doch zustande, daß der Gauleiter beauftragt wurde, an sämtliche Geschäftsinhaber die Forderung zu stellen, daß ab 1. Mai der Stundenlohn für Steinmeilen, Marmor- und Granithauer 2.20 M. für Maschinen- und Handpolituren 2 M. betragen soll. Es wurden dann noch die obigen Bestimmungen des Arbeitsvertrages festgelegt. Weiter erfolgte die Wahl eines Lehnkommissionen. Dann wurde vom Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal bekanntgegeben. Kasse und Buchführung war in beide Ordnung. Als Vorsitzender wurde Kollege Theodor Römer und als Kassierer Kollege Johann Engelle gewählt. Dann erfolgte noch die Wahl der Revisor und des Schriftführers. Im Schlusshorte des Gauleiters erwähnte er die Kollegen, in Zukunft gewissenhaft die Pflichten gegenüber dem Parteivorstand zu erfüllen, damit die Kollegen ihre Rechte wahrnehmen können.

Chemnitz. Zwei Drittel der Mitglieder unserer Zahlstelle hatten sich zu der am 26. April in der "Arbeiterbörse" abgehaltenen Verhandlung eingefunden. Der vom Vorsteher und Kassierer Dr. Künnel gegebene Jahresbericht über die letzte Wirtschaftsjahresabschöpfung wurde von den Revisoren für richtig befunden. Zum Kassierer wurde Erich Hirschfeld zum Teil bestimmt. Durch die im letzten Vortrage gepflegten Tarifverhandlungen ist der Volkstaat bestand stetig zurückgegangen. Um der Notlage die nötigen Mittel wieder zuzuführen, wurde auf Antrag Barthel einstimmig beschlossen, für die Monate Mai, Juni, Juli die Wochen-

beiträge um 30 Pf. zu erhöhen. (Kranke und erwerbslose Kollegen brauchen diesen Zuschlag nicht zu entrichten.)

Das vom Zentralvorstand übermittelte Schreiben betrifft Abschluß des Sachsenbergs wurde zur Kenntnis genommen. Wie schon in der vorigen Versammlung vom 22. März, so gaben auch heute die Kollegen ihre Zustimmung und betrifft das Stundenlohn, wonach Chemnitz abermals pro Stunde 10 Pf. billiger arbeiten soll. In einer am 26. April mit den heutigen Meistern gepflegten Verhandlung wurde denn auch erreicht, daß für außerhalb der Werkstatt geleistete Arbeitsstunden der Stundenlohn von 2.25 M. ab 1. Mai bezahlt wird, wohingegen für Arbeiten am Werkplatz diese Erhöhung erst am 1. Juni in Kraft tritt. Wie in Nummer 14 des "Steinbergs" mitgeteilt, halten die in den hiesigen Marmormeisterwerkstätten beschäftigten Mitarbeiter einen Tarif prozessual abgeschlossen. Am 2. April mit den Geschäftsinhabern gepflegten Verhandlungen brachten eine weiter Lohnerhöhung und zeitigten den Abschluß nachstehender Tarifs: 1. Arbeitszeit täglich 8 Stunden, 2. Stundenlohn für Steinmeilen 1.95 M., 3. Für Hand- und Maschinenarbeiter und solche, die schon über zwei Jahre im Betriebe tätig sind, 1.60 M. und 1.80 M. 4. Für Hafnarbeiter und Kartenschleifer 1.40 M. und 1.50 M. 5. Jugendliche Arbeiter vereinbaren den Stundenlohn. 6. Für Überstunden bis 8 Uhr abends 25 Prozent Aufschlag, von 8 Uhr an 50 Prozent Aufschlag. 7. Sonntagsarbeiten 50 Prozent Aufschlag. 8. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt werden 10 Pfennig Aufschlag pro Stunde gezahlt (einschließlich Marmoraufladen). 9. Das Fahrgehalt (Straßenbahn) wird vergütet. 10. Für Vorort-Montagen tägliche Auslösung 3 M. 11. Für auswärtige Montagen mit Übernachtung werden pro Tag 12 M. vergütet. 12. Bei besonders teuren Orten sind höhere Auslösungen nach Berechnung zu zahlen. 13. Zur Schlichtung von eventuellen Leistungstreitigkeiten, sowie alle sich ergebenden Differenzen sind Werkstattausschüsse zu bilden, die in jedem Falle und unbedingt unparteiisch und sachgemäß zu urteilen haben. 14. Vorschlagende Vereinbarungen treten am 5. April 1919 in Kraft und enden am 30. September 1919. 15. Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen. 16. Sefern der Tarif am 1. September 1919 nicht gefündigt wird, läuft der selbe auf unbefristete Zeit weiter.

Demitz. Am 30. April fand unsere ordentliche Mitgliederversammlung im Gasthof Neumühl statt. Nach Vortrag der Abrechnung vom 1. Quartal wurde auf Antrag der Revisoren dem Vorsitzenden Entlastung erteilt.

Zur Kenntnis wurde das abgeschlossene Tarifprotokoll gebracht. Bei den Hilfsarbeitern wurde bemängelt, daß die Löhne derselben doch zu niedrig seien. Der Vorsitzende gab hierauf zur Auskunft, daß die noch niedrigeren Hilfsarbeiterlöhne in den anliegenden Fabrikställen für uns ein Hindernis bilden. Doch wird sich dieser noch einmal bemühen, um für diese Arbeiterkategorie noch etwas heranzubringen.

Um die Firma Forte wird sofort der Antrag gestellt, dieselben Teuerungszulagen auch den Schleifern und Steinmetzen zu zahlen als wie den Granitern.

Hierauf gab der Vorsitzende erneut bekannt, wie sich die Kollegen bei Eintritt von Krankheiten zu verhalten haben. Weiter wies er auf die Bibliothek hin.

Zu nächster Zeit sollen im Gasthof in Thumis Verträge über das gesamte Arbeiterversicherungswesen geschlossen werden. Außerdem soll jede arbeitsordentliche Versammlung ebenfalls dort abgehalten werden.

Dresden-Vienna. Da die zentralen Verhandlungen mit unserer Lohnkommission und den Unternehmern nicht zum Abschluß führten, wachten die Unternehmer als strikten Punkte innerhalb 14 Tagen schriftlich erledigen. Unsre Vertreter gingen darauf ein. Die Kollegen von Dresden und Pirna glaubten an eine schnelle Erledigung und betrachteten es bloß noch als eine Formalität, aber das war ein großer Irrtum, denn unsere Unternehmer haben den Krieg und die ungeheure Lebenssteigerung anscheinend verschlafen. Unsre Kollegen waren empört und verlangten eine sofortige Versammlung, um so mehr, da inzwischen der Schiedspruch für das Baugewerbe bekannt wurde. Nun besannen sich die Unternehmer und bewilligten ab 1. Juni alles und zwar erst am Tage unserer Versammlung. Aber die Versammlung war schon einberufen und tagte am 29. April im Volkshaus zu Dresden. Der Verbrauchermann Seidel gab den Briefwechsel mit der Zentrale und den Unternehmern bekannt und schilderte in längeren Ausführungen die gegenwärtige Lage. Den ihm von Kollegen gemachten Vortrag der Verschleppung wies er entchieden zurück unter Bezugnahme des Schriftwechsels. In längerer Debatte, in der auch weitergehende Forderungen unterstellt wurden, wurde ein gewünschter Antrag einstimmig zum Beschluss erheben. Ab 1. Mai 2.25 M. Stundenlohn und auf dem Aktordtarif 1.40 Prozent Aufschlag. Als Auslösung für alle Kollegen, wenn sie die Pausen nicht in der Werkstatt verbringen können, pro Tag 2 M. Wo diese Forderungen nicht bewilligt werden, treten die Kollegen am 2. Mai in den Streit. Streitige haben die Unternehmer zu bezahlen. Nachdem im gewerkschaftlichen Kollege Arthur Richter in den Verbandsausschuss und die Kollegen Gustav Beyer und Arthur Meister in die Gesellschafterprüfungskommission gewählt waren, fand die gesuchte Versammlung ihr Ende. Die Pirnaer Kollegen stimmten dem Beschluss der Dresdner Versammlung zu und stellten sich auf denselben Boden. Am 2. Mai waren sich die Unternehmer noch im unklaren über ihre Taktik, die große Mehrzahl der Großsteinzeugfässer bewilligte, desgleichen auch einige Steinmeile. Doch in einer fast gemeinsamen Versammlung der Unternehmer hoben sie sich eines andern besponnen, denn am 3. Mai früh wurde den Kollegen in den Grabsteinzeugfässern mitgeteilt, daß die Unternehmer zwar die Hauptforderungen: Stundenlohn und Aktordtarif bewilligen, aber zentral: Verhandlungen verlangen, und die Kollegen sollen für versäumt 2.25 M. Stundenlohn arbeiten. Dabei erklärten sie aber, daß sie 2.50 M. bezahlen wollen, bloß auf zentralen Verhandlungen basierend. Unter Verständigung dieser Erklärungen arbeiteten die Kollegen der Grabsteinzeugfässer weiter. Auch die Pirnaer Kollegen nahmen am 5. Mai die Arbeit verläßlich ab bis zum Abschluß der Verhandlungen, um dann gemeinschaftlich oder einzeln darüber zu beschließen. Die Verhandlungen am 5. Mai ergaben nun folgendes: Der Stundenlohn beträgt ab 2. Mai 2.50 M. lang für Pirna, der Aktordtarif 1.40 Prozent erhöht. Als Lohnzulagen werden im Aktord 75 Prozent garantiiert. Für die Städte Chemnitz, Plauen und Leipzig wird sofern eine Regelung der Fallungen statzinden.

Endenfeld (Eckartsberg). Hier fand am 21. April eine Versammlung der in den Steinbruchbetrieben befindlichen Kollegen statt, zu der auch Kollege Herrmann-Köln als Vertreter erschienen war. Zunächst gab er den Jahresbericht vom 1. Quartal bekannt. Danach eintraten 186 Kollegen. Die Einnahmen betrugen: 585.74 M., die Ausgabe 552.50 M., so daß ein Kapitalstand von 33.11 M. verbleibt. Da alles in bester Ordnung war, wurde dem Sachseer Kollegen Dattendorf Entlastung erteilt. Kollege Hermann erwiderte jedoch über die Vorarbeiten vor Sabuncu eines Beitrages für die Kollegen der Steinindustrie des Siegerlandes, der Steinbrüche zu Lütz und dem Westerwald. Einige Konferenzen von Kollegen aus verschiedener Zahlstellen des in Recklinghausen befindenden Gewerbes haben schon dazu in den Beiträgen konnenden Gehoben haben sollen. Nach der Zusammenstellung der Forderungen sei inzwischen erledigt, die Einigung an die Unternehmer bzw. den Unternehmensverbund gerichtet. Diese in Kürze erfolgten Erörterungen danach die Abmachungen des Beitrages für die Oberbergische Eisenindustrie. Hier bien die Verhandlungen, die teilweise unter dem Herren Wenzel und dem Herren Bartholdi stattfanden. Wäre es in letzter Stunde nicht zu einer Einigung gekommen, dann wären über 1000 Kollegen in den Streit geraten. Es dette, daß es auch bei den neuen Verhandlungen in einer Einigung kommen möge. Die Ausführungen würden noch durch die Kollegen, die an den Konferenzen teilgenommen haben, ergänzt. Nachdem noch die Pirnaer einzige Zahlstellenförderer erledigt war, sprach Kollege Dattendorf allen Kollegen, die in so wichtiger und folgerichtiger Beziehung zur Forderung standen, die Forderung aus. Es verblieben noch, daß seit 1. Januar in den Zahlstellen des Gutes Köln über 1800 Kollegen neu eingestellt seien, während 400 Kollegen aus anderen Verbänden zu unterschätzlichen Beträgen übergegangen. Die Mitgliedszahl im Gute Köln ist von 2.200 auf 2.500 gestiegen. Überstunden werden mit 50 Prozent, Rad- und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent zu zahlen. Arbeitstage von 8 bis 12 Uhr abends bis 6 Uhr sind 12 Pf. 12 bis 14 Pf. Arbeitstage von 8 bis 10 Uhr abends bis 6 Uhr sind 12 Pf. 12 bis 14 Pf. Arbeitstage von 8 bis 12 Uhr. Die Dauer des Tarifs gilt in ferner, als die obige Regelung nicht zutrifft.

Ludensfeld (Odenwald). Unjete vom Gauleiter angeregte Lehnsbewilligung in häufigen Berichten des Bensheimer und Reichenbacher Tales nebst Ludensfeld konnte nach zwei vorhergegangenen Verhandlungen am 30. April zu einem für die Kollegen zuständigen Ergebnis gebracht werden. Es werden Stundenlöhne festgesetzt wie folgt: Breiter 76—75 Pf., Steinmetz 65—70 Pf., Schäfer 55—60 Pf., Tegelöfen 50—52 Pf., Feinmechaniker 60—65 Pf., Schuh 55—60 Pf., Säger 50—60 Pf., Tischler 50—52 Pf., Feinmechaniker 60—65 Pf., Auszubildende und Bildhauer 55—60 Pf. Handarbeiter, sowohl sie im Betrieb als solche beschäftigt sind, 65—70 Pf. Auf diese Löhne erfolgen dann noch 25 Prozent Lohnausgleich und 60 Prozent Teuerungszulage, so daß sich diese Löhne nach gerechter Berechnung der prozentualen Aufschläge verdoppeln. Diese angeführten Löhne gelten für die Betriebe Reichenbach, Bensheim, Ludensfeld, Winkel, Winterkasten, Grünau, Seidenbach, Biedenkopf, Biedenkopf, Biedenkopf und Biedenkopf. Für den Betrieb Biedenkopf der Firma Karl Kreuzer A. G. erheben sich diese Löhne noch um 5 bis 10 Pf. Nach Erfahrungssatz des Erfolgs durch den Biedenkopfer Betrieb der Fachstelle Ludensfeld in den Betriebsversammlungen der in Ludensfeld gehörigen Betriebe wurde das Resultat einstimmig angenommen.

Mönchengladbach. Am 21. April kam hier folgender Tarifvertrag vor: Zwischen den Arbeitern des Steinmeilen-Gewerbes Köln und der Steinbrüche des Siegerlandes, der Steinbrüche zu Lütz und dem Westerwald einseitig und der Lohnkommission der Arbeitnehmer anderseits wurde eine nachstehende Vereinbarung zum Volksvertrag geschlossen. Der Stundenlohn beträgt bis zum 15. Mai 2.20 M., ab 1. Juni 2.50 M. Aufschlag 50 Prozent. Überstunden werden mit 50 Prozent, Rad- und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent zu zahlen. Arbeitstage von 8 bis 12 Uhr abends bis 6 Uhr sind 12 Pf. 12 bis 14 Pf. Arbeitstage von 8 bis 10 Uhr abends bis 6 Uhr sind 12 Pf. 12 bis 14 Pf. Arbeitstage von 8 bis 12 Uhr. Die Dauer des Tarifs gilt in ferner, als die obige Regelung nicht zutrifft.

Die Kollegen beschlossen am 12. Mai in einer Streit zu treten, wenn nicht nachstehende Forderungen erfüllt werden: Erhöhung der Grundpreise um 25 Prozent. Erhöhung der Teuerungs zulage von 85 auf 100 Prozent. Erhöhung des Stundenlohnes für Breiter von 1.10 auf 1.20 M., für Hilfsarbeiter von 60 auf 85 Pf. Bereiche des Stundenlohnes für tägliche Arbeitnehmer. Zugang zu 25 auf weitere Forderungen zu fernzuhalten. Der Schlichtungsausschuss ist ausgetragen.

Floß-Hohenberg. Die Kollegen beschlossen am 12. Mai in einer Streit zu treten, wenn nicht nachstehende Forderungen erfüllt werden: Erhöhung der Grundpreise um 25 Prozent. Erhöhung der Teuerungs zulage von 85 auf 100 Prozent. Erhöhung des Stundenlohnes für Breiter von 1.10 auf 1.20 M., für Hilfsarbeiter von 60 auf 85 Pf. Bereiche des Stundenlohnes für tägliche Arbeitnehmer. Zugang zu 25 auf weitere Forderungen zu fernzuhalten. Der Schlichtungsausschuss ist ausgetragen.

Fürstenstein (Bayerischer Wald). Am 27. April fand hier in einer Total (Gathaus Wagner) eine Steinarbeiterversammlung statt. Durch Amtserklärung unseres Vorsitzenden Schmidholz ist, was eine Neuwahl erforderlich, aus welcher Kollege Alfred Hörmann einstimmig als erster Vorsitzender gewählt. Wie schon einen früheren Besuch unserer Mitarbeiter konnten wir, deduziert, daß Einspielt und Geschäftlichkeit der hiesigen Arbeiterschaft auf und ganz zum Ausdruck kommt, wobei ist bewiesen, daß in Zukunft die Versammlungen besser belacht werden möchten, denn durch Beitragszahlung allein ist der Bildung als Verbindungsmauer noch lange nicht genügt. Am allgemeinen ist zu begrüßen, daß auch jetzt hier im bayerischen Wald die Verbindungsmauer voll und ganz zum Leben erwacht, deshalb sollen wir unermüdlich ein in der Agitation, um den kleinen Arbeitern zu verhelfen, um die Arbeiterschaften in ihrer Weise zu bringen. Unter Drängen und Träumen muß daran befehlen, daß wir fortsetzen möchten, um unserer Nachbarschaften des bayerischen Waldes als Vorbild dienen zu können.

Gremmersbach. Hier wurde folgender Tarif abgeschlossen für das Oberbergische Braunkohlengebiet:

Plastersteinmacher und Kürschner erhalten 100 Prozent auf die Friedenslöhne, ergibt sich in Betrieben schlechtes Material, so wird ein Härtelungslohn bis 10 Prozent geahndet. Soll speziell nur eine Serie bearbeitet werden, so erhöht sich der Preis um 50 Pf. pro Stück. Werden Plastersteinmacher und Kürschner im Stundenlohn beschäftigt, so erhalten sie den Lohn eines Stöbers. Für Stöber, Barbeiter, Kürschner, Schuhmacher und Kürschner (Mindestlohn 1.50 Mark pro Stunde), Tagesschuh (Mindestlohn von 16 bis 18 Jahren 90 Pf., von 18 bis 20 Jahren 1.10 Mark, über 20 Jahren 1.30 Mark pro Stunde). Überstunden werden mit 25 Prozent, Sonntagsarbeiten mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt. Für Steinläger: Bahnlohn 4 M., für Steinlohn 5 M. pro Kubikmeter. Die Vertragsdauer endigt mit dem 30. Juni d. J. und läuft von 1. Juli an den Vertrag mit gleichzeitiger Frist zu kündigen.

Köln I und II. Seit einiger Zeit hat den sich die Kollegen der Steinmeile und Marmor- sowie Gipsdenkmäler in einer Verbindungsmauer gebildet. Da eine Verschmelzung beider Zahlstellen erfordert wird, wurde beschlossen, auch die Lohnbewegung einheitlich zu führen. Also für Marmor- und Granithauer sowie Steinmeilen und Polsteure einheit

